



STATT LOSVERFAHREN

Mehr Gymnasiasten sollen nach Bad Pyrmont

Eine weitere Klasse pro Jahrgang könnte die Situation in Hameln entspannen

HAMELN | 9

Schreckgespenst „Losverfahren“

Wie geht's weiter nach der Grundschule? Hameln rechnet mit zu vielen Schülern fürs kommende Schuljahr

VON BIRTE HANSEN-HÖCHE

Wohin mit all den Schülern? Hameln rechnet fürs kommende Schuljahr mit einem Überhang von 130 Kindern, die nicht ohne Weiteres aufgenommen werden können – auch weil der Elternwille zählt. Das Schreckgespenst „Losverfahren“ steht im Raum und soll durch andere Lösungen vertrieben werden.

HAMELN-PYRMONT. Hameln steht mit seinen Schulen vor einem Problem: Für das Schuljahr 2026/27 rechnet die Stadt mit einem Zuviel an Kindern, die von den Grundschulen der Region auf die weiterführenden Hamelner Schulen wechseln: 130 Kinder mehr als üblich, die nicht nur untergebracht, sondern adäquat unterrichtet werden wollen.

Weil die Lösungssuche drei Schulträger betrifft, haben die Schulausschüsse der Stadt und des Landkreises gemeinsam getagt. Bad Pyrmont war durch Bürgermeister Klaus Blome vertreten – er war auch der Überbringer einer guten Nachricht. Was alle verhindern möchten: Dass ein Losverfahren über die Zukunft der Schüler entscheidet.

„Was passiert zum 1.8.?“, machte Kurt Meyer-Bergmann (SPD), der den gemeinsamen Ausschuss leitete, klar, um welche Deadline es geht. Genauer: Am 13. August 2026 startet das nächste Schuljahr – lange vorher muss klar sein, wie mit dem Überhang umgegangen werden soll. „Wir sind mit unseren Kapazitäten am Ende“, unterstrich Dirk Kuhfuß von der Stadtverwaltung. „Wenn wir nicht umlenken können, müssen wir ausbauen.“ Vor dem Hintergrund, dass Prognosen davon ausgehen, dass ab 2033 die Schülerzahlen auf das niedrigere Niveau von 2022/23 sinken, wird „Ausbauen“ in Hameln nicht angestrebt. Also umlenken.

Ein paar Fakten aus den gezeigten Präsentationen, Basis für die Diskussion bilden die aktuellen Schülerzahlen: Etwa 32 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die auf die wei-



Die Elisabeth-Belling-Gesamtschule am Schulzentrum Nord ist inzwischen bei Eltern und Kindern beliebt, auch bei Hessisch Oldendorfern. Grundsätzlich vergeht nach einer Umstrukturierung zu einer Gesamtschule erst einmal Zeit, bis sie etabliert ist.

FOTO: DANA POLLIK

terführenden Hamelner Schulen gehen, kommen laut Kuhfuß aus den Umlandgemeinden – die meisten davon aus Hessisch Oldendorf: 666 inklusive jener an der auslaufenden Theodor-Heuss-Realschule, die zur Integrierten Gesamtschule (IGS) West umgewandelt wurde. Die meisten der Hessisch Oldendorfer besuchen das Schiller-Gymnasium (233), gefolgt von der Elisabeth-Belling-Gesamtschule (168). Diese stehen im Fokus ebenso wie jene aus dem benachbarten Landkreis Holzminden: 153.

Worüber bislang nur orakelt werden kann: Würden mehr Eltern aus Hessisch Oldendorf ihre Kinder in Hessisch Oldendorf anmelden, wenn die dortige Schule nicht mehr Oberstufe, sondern ebenfalls Integrierte Gesamtschule ist? Dass eine IGS kommt, davon wird in der Kreisverwaltung ausgegangen. Im Januar werde darüber in Hannover entschieden, so der Erste Kreisrat Dr.

Georg Robra – die Signale stehen laut Dr. Wilhelm Koops (Vorsitzender des Kreisschulausschusses/Grüne) auf „grün“. Klar sei aber, so Robra, dass es Jahre dauere, bis der Veränderungsprozess zur IGS, der dann im Sommer starte, abgeschlossen ist.

Wichtig sei, dass „Eltern ab jetzt sofort informiert werden“, auch über andere Schulformen. Birgit Albrecht (Hameln, CDU), selbst Grundschulleiterin, erklärte, dass die Eltern bereits intensiv informiert würden – aber es sei schwierig, die Unterschiede zwischen KGS, IGS, OS klarzumachen. Und letztlich „macht sowieso jeder, was er möchte – wir können die Elternwillen fast nicht beeinflussen“. Und genau der zählt, häufig mit dem Ziel: Gymnasium.

Genau das sei laut Kurt Meyer-Bergmann der Knackpunkt: „Wenn wir die Kinder nicht wunschadäquat unterbringen: Losverfahren. Das

wäre das schlechteste Verfahren, das wir machen können.“ Im Zweifel könnte das nämlich auch bedeuten, dass Hamelner Kinder mit ihrem Wunsch nicht zum Zuge kommen, weil beispielsweise „ein Emmerthaler gelöst wurde“.

Bevor die Politik in die Debatte einstieg, überbrachte Bad Pyrmonts Bürgermeister Klaus Blome ein Angebot des Humboldt-Gymnasiums, das helfen könnte: „Wir könnten pro Jahrgang eine weitere Klasse einrichten.“ Zu bedenken gäbe es dabei, dass jene Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden sollten, die räumlich möglichst nah an Bad Pyrmont liegen.

Steffen Knippertz (Hameln, SPD) holte hervor, was bereits vor Jahren diskutiert wurde: Wenn in Richtung Holzminden ein Signal gesendet würde, dass Hameln nicht mehr aufnehmen könnte, nähme das den Druck heraus. Bettina Schultze (Landkreis, SPD) fragte in die Runde, was „wir

tun können, dass die Heimat Schulen angewählt werden.“

Beiträge grundsätzlicher und perspektivischer Natur zu Durchlässigkeit und erwünschten Schulformen (Merve Mareike Niethardt, Stadt, Grüne), zur langfristigen Reduzierung der Anzahl der Schulträger im Landkreis auf einen (Herbert Habernicht, Stadt, FDP) und zu einer gemeinsamen gymnasialen Oberstufe (Wilfried Hartmann, Kreis, SPD) folgten, bis der Fokus zurück auf das drängende Problem gelenkt wurde: August 2026.

Während der Erste Kreisrat Robra sich wenig zuversichtlich zeigte, dass man diesmal das Losverfahren verhindern könne, will sich die Stadtverwaltung jetzt ans Rechnen machen. Wenn 50 Plätze in Bad Pyrmont genutzt würden und die Holzmindener wegfielen, müssten noch zwei Züge untergebracht werden, fasste Kurt Meyer-Bergmann zusammen.